

„Zivilgesellschaft und Kommunen – Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis“ – eine gemeinsame Fachtagung am 8. April 2014 in Berlin veranstaltet vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ sowie der Herbert Quandt-Stiftung

„Kommunen sind die tragende Säule der Engagementförderung.“

Ob Sportvereine, die Freiwillige Feuerwehr, Stadtteilmütter oder Schulentoren - seit Jahren können sich die Verantwortlichen in den Kommunen auf die aktive Zivilgesellschaft verlassen. Die über **600 000 Vereine, Stiftungen und gemeinnützigen Initiativen** stärken den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und fungieren als Plattformen für lokale Gemeinschaften. Aber funktioniert die Zusammenarbeit zwischen engagierten Bürgern und Kommunalpolitikern immer reibungslos? Können Berührungspunkte und Vorbehalte zwischen den Engagierten auf der einen Seite und den politisch Verantwortlichen sowie den Verwaltungen auf der anderen abgebaut werden? Und wie sind bei einer alternden Gesellschaft junge Menschen für ein Ehrenamt zu gewinnen?

Antwort auf diese Fragen wollten die Teilnehmer auf der Fachkonferenz „Zivilgesellschaft und Kommunen – Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis“ in der NRW Landesvertretung in Berlin am 8. April 2014 finden. Eingeladen zu diesem ganztägigen Austausch hatten die **Herbert Quandt-Stiftung**, **„Zivilgesellschaft in Zahlen“** und das **Familienministerium in NRW**.

„Die Definition, wer in Deutschland alles zur Zivilgesellschaft gehört, ist viele Jahre nicht eindeutig“, erklärte **Dr. Holger Krimmer vom Stifterverband** den etwa 120 Gästen aus Kommunen, dem Dritten Sektor, Politik, Vereinen und Verbänden. Er präsentierte die Ergebnisse des **„ZiviZ-Survey“**, mit dem erstmals die gesamte organisierte Zivilgesellschaft statistisch erfasst wurde. „ZiviZ“ steht für „Zivilgesellschaft in Zahlen“ und wird gefördert vom **Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft**, von der **Bertelsmann-Stiftung** und der **Fritz-Thyssen-Stiftung**. Von den über 618 000 zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Bundesrepublik sind mehr als 80 Prozent klassische Vereine. „Heute gibt es sieben Mal mehr als vor 50 Jahren und die Mehrzahl - also gut Dreiviertel von ihnen - arbeitet rein ehrenamtlich. Informelle Strukturen sind die Regel und nicht die Ausnahme. Wir konnten bei unseren Untersuchungen **keine Ehrenamtskrise** oder gar ein Vereinssterben feststellen“, erklärte Holger Krimmer. Bei traditionellen Vereinen, wie beim Sport oder Karneval ist ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen, der aber durch Steigerungen im Umwelt- und Naturschutz, im Bildungs- und Gesundheitswesen oder bei sozialen Diensten mehr als ausgeglichen werde. Das schließt er aus den über 4000 Antworten von Vereinen, welche die Grundlage der Untersuchung bilden. Krimmer betonte „die wichtige Rolle der Städte und Gemeinden bei der **finanziellen und strukturellen Förderung von Engagement**. Die Kommunen stellen das Gros der öffentlichen Mittel bereit und sind die tragende Säule der Engagementförderung.“

Wie sich **bürgerschaftliches Engagement in einer strukturschwachen Region** mit hoher Arbeitslosigkeit, der Abwanderung junger Menschen und dadurch bedingten beschleunigten Alterung entwickelt, präsentierte **Uwe Meergans von infratest dimap**. In Wismar, Greifswald, Anklam, Demmin und Lalendorf machten sich die Forscher auf die Suche nach hemmenden und fördernden Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in **Mecklenburg-Vorpommern**. Seine qualitative Studie mit 81 Bürgerinnen und Bürgern sei „in gewisser Weise repräsentativ, weil sie ein detailreiches Abbild der gesellschaftlichen Wirklichkeit liefert“, so Meergans. Die umfangreichen Ergebnisse seiner Untersuchungen liegen unter dem Titel **„Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl“** (Herbert Quandt-Stiftung) vor. Gut 420 000 freiwillig Engagierte gibt es in Mecklenburg-Vorpommern – viele im Sport und wenige bei Kirchen, in Parteien, berufsständigen Vertretungen oder im Umweltschutz. Meergans führt zudem aus, dass Parteien und Politiker in den untersuchten Gemeinden ein tendenziell schlechtes Image hätten. Eine förderliche Rolle für Engagement werde ihnen kaum zugeschrieben, vielmehr würden sie kritisiert, sich zu wenig um das Ehrenamt und die Vereinslandschaften vor Ort zu kümmern. Politikverdrossenheit und politisches Desinteresse seien häufig gebrauchte Schlagwörter. Die fehlende öffentliche Akzeptanz und Präsenz etablierter Parteien wird von der NPD ausgenutzt, mit dem Ergebnis, dass „in Anklam und Demmin rechtes Leben zur Normalität geworden ist.“

„Es gibt keinen Königsweg und keine Blaupause, aber die Kommunen sind bereit zu investieren, wenn es um Strukturen beim bürgerschaftlichen Engagement geht“, sagte **Andrea Hankeln**, Referatsleiterin im **Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen**. Wenn es um **nachhaltige Finanzierungsstrategien, Qualifizierungsangebote**, eine

bedarfsgerechte **Infrastruktur** oder Formen der Anerkennung beim bürgerschaftlichen Engagement geht, haben die Verantwortlichen in den Ländern und Kommunen noch viel zu lernen, führte Andrea Hankeln aus. In der Verankerung der **Engagementpolitik als Querschnittsaufgabe** scheint NRW erfolgreich sein. Neben der Einbeziehung von Unternehmen oder Stärkung der Anerkennungskultur, gibt es im Flächenland zwischen Rhein und Ruhr **Mentorenprojekte, Qualifizierungsangebote** oder **Netzwerke** zur Förderung der Vereinsarbeit. In über der Hälfte aller NRW-Kommunen wurde eine „**Ehrenamtskarte**“ eingeführt. Andrea Hankeln betonte, dass „**Beratung und Begleitung** bei der Entwicklung von Engagementstrategien und dem Kommunennetzwerk“ stark nachgefragt werden. Hier setzt in Nordrhein-Westfalen das neue Format der „**Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien**“ mit Methoden des selbstorganisierten Lernens an. Die positiven Ergebnisse aus den Pilotstandorten in Kamp-Lintford, Lemgo, Solingen oder Bonn zu passgenauen Lösungen und einer neuen Verantwortungspartnerschaft.

„Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen ist ein eigener Wert und kein Ersatz für finanziell klamme Rathäuser“, betonte **Dr. Christof Eichert, Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung**. Als ehemaliger Oberbürgermeister von Ludwigsburg und Geschäftsführer in großen Stiftungen kennt er die kommunale Praxis ebenso wie Wissenschaft und Forschung. Nach Meinung von **Franz-Reinhard Habel, Pressesprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes** gilt es „Ermöglichungsorte zu schaffen. Wir sind auf dem richtigen Weg, denn die neue Botschaft lautet: Vom Vaterstaat zum Bürgerstaat!“. Der Wandel im Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Bürger ist für Habel nicht nur an Finanzfragen geknüpft, „sondern er entsteht zuerst im Kopf“. Vor diesem Hintergrund sind die neuen Formen der Diskussionen im Internet wichtig.

„Crowdfunding, Facebookarbeit, Twitter, globale Vernetzung, **soziale Aktionen im Netz** – das ist für junge Leute meiner Generation interessant“, stellte die angehende Bildungswissenschaftlerin **Dina Neufeld** heraus. „Meine Generation will partizipieren und mit verändern – egal ob virtuell oder vor Ort“, sagt die junge Frau selbstbewusst.

„Manchmal gibt es hohe Erwartungen und Hoffnungen auf die Zivilgesellschaft – eventuell sogar zu hohe“, meint **Dr. Johannes Stemmler** von der Leibniz-Gemeinschaft, der kürzlich seine Dissertation zum Thema Bürgerengagement erfolgreich verteidigte. Er plädiert dafür „sich die Erfolgsgeschichten zu erzählen und voneinander ab zu schauen“. Und genau das wurde im Sinne von best practise auf der Fachkonferenz zu „Zivilgesellschaft und Kommunen“ in Berlin erfolgreich praktiziert.

© Rocco Thiede